

**Erläuterungen und Klarstellung zu den Verwertungsbedingungen
im Konkurs über das Vermögen der Teak Holz International AG, 17 S 97/15m**

1. Fragestellung

- 1.1 Von mehreren Interessenten wurde der Insolvenzverwalter gefragt, wie der Betrag jener Forderungen zu berechnen ist, deren Anrechnung auf den Kaufpreis der Käufer nach Punkt 4.4.2 der Verwertungsbedingungen verlangt. Weiters ob und in welchem Umfang Gläubiger der Wandelschuldverschreibung, deren Forderung vom Käufer übernommen wurde, als Insolvenzgläubiger an der Verteilung der allgemeinen Masse weiterhin teilnehmen.
- 1.2 Tatsächlich ist einerseits in den Verwertungsbedingungen eine Grenze dahingehend gesetzt, dass lediglich 35 % des Nennwerts der Forderungen überhaupt auf den Kaufpreis anrechenbar sind. Andererseits ist festgelegt, dass eine Anrechnung nur bis zur Höhe des Erlöses aus der Verwertung der Beteiligung an den Besitzgesellschaften möglich ist.
- 1.3 Was künftige weitere Teilnahmeansprüche anlangt, so verlangen die Verwertungsbedingungen den Verzicht auf die Geltendmachung von Absonderungsrechten für die Forderungen, die in Anrechnung auf den Kaufpreis übernommen werden. Überdies haben Gläubiger, deren Forderungen angerechnet werden sollen, im Ausmaß des Nennwerts der übernommenen Forderungen auf jeglichen Anspruch gegen die Schuldnerin zu verzichten.

2. Klarstellung

- 2.1 Wie bekannt, beanspruchen die Gläubiger der Wandelschuldverschreibung an den Beteiligungen der Schuldnerin an den Besitzgesellschaften ein Pfandrecht, nach insolvenzrechtlicher Terminologie also ein Absonderungsrecht; dieses Absonderungsrecht wird vom Insolvenzverwalter bestritten. Potentielles Absonderungsgut sind damit die Beteiligungen an den Besitzgesellschaften, die in Form von Aktien verkörpert sind, nach dem Verkauf der darauf entfallende Nettoerlös.
- 2.2 Absonderungsgläubiger besitzen in der Insolvenz das Recht, aus dem Erlös des Absonderungsgutes vor allen anderen Gläubigern befriedigt zu werden. Das heißt aber nichts anderes, als dass die vorrangige Befriedigung nicht weitergehen kann, als der Erlös selbst ausmacht. Da sich die Forderungen der Gläubiger der Wandelschuldverschreibung insgesamt auf rund EUR 15,6 Mio. belaufen, würden sie – bei vollständiger Anerkennung

des Pfandrechtes – und bei einem – als Beispiel angenommenen – Nettoerlös aus der Verwertung der Beteiligungen von EUR 3 Mio. eine Quote von 19,23 % erhalten. Von einem Nettoerlös wird deshalb gesprochen, weil auch bei einer Anerkennung von Absonderungsrechten vom Erlös vorrangig die Sondermassekosten abzuziehen sind. Da die Sondermassekosten gegenwärtig noch nicht feststehen, werden sie im Folgenden bei den Rechenbeispielen außer Acht gelassen; sie sind jedenfalls immer als Abzugsposten „mitzudenken“.

- 2.3 Da die Zulassung einer Schuldübernahme in Anrechnung auf den Kaufpreis nichts anderes bedeutet, als die vorgezogene Anerkennung und Auszahlung des Erlöses an die Absonderungsgläubiger (der Masse fließt ja aus dem Kaufpreis in diesem Umfang nichts zu), kann im besten Fall eine Anrechnung nur bis zu jener Quote erfolgen, welche die Sondermassegläubiger im Fall einer Sondermasseverteilung erhalten würden. In dem angesprochenen Beispiel wäre also jedenfalls die Anrechnung übernommener Forderungen – sogar bei vollständiger Anerkennung des Absonderungsrechtes – mit 19,23 % des Nennwerts der übernommenen Forderungen begrenzt.
- 2.4 Nun wird aber das Absonderungsrecht vom Insolvenzverwalter bestritten. Ausgehend davon, dass die Zulassung der Übernahme von Forderungen im Endeffekt die teilweise Anerkennung des Pfandrechtes bedeutet und mit Rücksicht darauf, dass es lediglich zu einer Verteilung kommt, ist der Insolvenzverwalter nur bereit, die Wahrscheinlichkeit, dass das Absonderungsrecht durchgesetzt werden kann, mit 35 % anzusetzen. Das bedeutet, dass die oben unter Punkt 2.3 beispielhaft ermittelten 19,23 % des Nennwerts der übernommenen Forderungen um weitere 75 % gekürzt werden. Angerechnet werden bei der Übernahme von Forderungen deshalb, um bei dem Beispiel zu bleiben, im Ergebnis 6,73 % des Nennwerts. Verzichten also zB Gläubiger der Wandelschuldverschreibung im Nennwert von EUR 5 Mio. auf ihr Absonderungsrecht und begnügen sich mit der Übernahme der Forderung durch den Käufer, so können daraus nur 6,73 %, also EUR 336.525,00 auf den Kaufpreis, der in unserem Beispiel EUR 3 Mio. beträgt, angerechnet werden; der Rest ist in bar aufzubringen.
- 2.5 Voraussetzung für die Zulassung der Anerkennung der Schuldübernahme als zahlungsmindernd ist die ausdrückliche Erklärung der Gläubiger der übernommenen Forderungen, gleichzeitig auf ihr gesamtes bis dahin beehrtes Absonderungsrecht für diese Forderungen zugunsten der Insolvenzmasse zu verzichten. Bleiben wir bei dem geschilderten Beispiel und stimmen Gläubiger der Wandelschuldverschreibung im Nennwert von EUR 5 Mio. einer Schuldübernahme zu, so bedeutet das rechnerisch, dass der an sie ansonsten bei einer Anerkennung des Absonderungsrechtes fließende Betrag von EUR 961.500,00 (das sind die anteilig den EUR 5 Mio entsprechenden 19,23 % aus dem

Erlös der Verwertung des Absonderungsgutes von EUR 3 Mio., der auf alle Gläubiger der Wandelschuldverschreibung von EUR 15,6 Mio. aufzuteilen ist) in die allgemeine Masse einbezogen wird. Die allgemeine Masse wird allerdings nicht um den gesamten Betrag erhöht, weil ja die anerkannten übernommenen Forderungen im Betrag von EUR 336.525,00 (siehe oben Punkt 2.4) tatsächlich nicht fließen. Die Erhöhung des Massevermögens beträgt also lediglich EUR 624.975,00.

- 2.6 Während die Gläubiger, deren Forderungen vom Käufer übernommen werden, auf ihr gesamtes Absonderungsrecht für diese Forderungen verzichten müssen, damit die Forderungsübernahme anerkannt wird, muss ihr Verzicht auf den Insolvenzteilhabeanspruch (also die geltend gemachte Insolvenzforderung) nur jenen Betrag umfassen, der auf den Kaufpreis angerechnet werden darf, in unserem Beispiel also EUR 336.525,00. Stimmen also Gläubiger der Wandelschuldverschreibung – nach unserem Beispiel – mit einem Nennwert von EUR 5 Mio. der Forderungsübernahme durch den Käufer zu, so haben sie weiterhin einen Insolvenzteilhabeanspruch und damit einen Anspruch, bei der Verteilung der allgemeinen Masse berücksichtigt zu werden, in Höhe von EUR 4.663.475,00.
- 2.7 Die Gläubiger der Wandelschuldverschreibung, die nicht den Weg der (teilweisen) Übernahme ihrer Forderung durch den Käufer gehen, es sind dies in unserem Beispiel EUR 10,6 Mio., werden auf die verbleibende Sondermasse verwiesen. Diese beträgt EUR 2.038.500,00 (Verkaufserlös von EUR 3 Mio. minus Anteil jener Gläubiger, die zugunsten der Masse auf ihr Absonderungsrecht verzichtet haben). Sie haben ihre Forderung in der Sondermasseverteilung anzumelden und nachdem ihr Teilhabeanspruch vom Insolvenzverwalter bestritten wird, gegen diesen Klage einzureichen.

3. Rechenbeispiel

3.1 Annahmen

- Der Verkaufserlös beträgt insgesamt EUR 4.838.710,00.
- Die bei einer potentiellen Sondermasseverteilung zu berücksichtigenden Forderungen der Gläubiger der Wandelschuldverschreibung betragen EUR 15,6 Mio.
- Gläubiger im Nennwert von EUR 5 Mio. sind bereit, zugunsten der Insolvenzmasse auf ihr Absonderungsrecht gegen Übernahme der Forderung durch den Käufer zu verzichten.
- Sondermassekosten bleiben bei der als Beispiel gedachten Berechnung außer Ansatz; bei der tatsächlichen Berechnung werden sie natürlich berücksichtigt.

3.2 Rechenergebnis

- Aus dem Verkaufserlös entfallen 62 %, das sind EUR 3 Mio., auf den Verkauf der Beteiligung an den Besitzgesellschaften. Diese stellen die potentielle Sondermasse dar.
- Die Übernahme von Forderungen anstelle der Barzahlung durch den Käufer wird im Nennwert von EUR 336.525,00 zugelassen.
- Den Gläubigern der Wandelschuldverschreibung im Betrag von EUR 5 Mio., die auf ihr Absonderungsrecht für EUR 5 Mio. zugunsten der Masse verzichten müssen, verbleibt ein allgemeiner Insolvenzteilhabeanspruch von EUR 4.663.475,00. Verpflichtet sich allerdings der Käufer zur Zahlung eines höheren Betrages als der anrechenbare Nennwert von EUR 336.525,00, so ist der Teilhabeanspruch von EUR 4.663.475,00 entsprechend der zusätzlichen Zahlungsverpflichtung des Käufers einzuschränken.
- Die restlichen Gläubiger der Wandelschuldverschreibung im Nennwert von EUR 10,6 Mio. sind auf die verbleibende Sondermasse von EUR 2.038.500,00 verwiesen. Sie haben diese Forderung anzumelden und aufgrund der Bestreitung im Klagewege zu verfolgen. Obsiegen sie, so besitzen sie einen Insolvenzteilhabeanspruch an der allgemeinen Masse in Höhe von EUR 8.561.500,00. Unterliegen sie, ist die Sondermasse in die allgemeine Masse einzubeziehen, ihr Insolvenzteilhabeanspruch beträgt EUR 10,6 Mio.

Linz, am 12.02.2016

8/CM/Ko-TeakAG/015

Dr. Gerhard Rothner

als Insolvenzverwalter